Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1339 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 31. **Dienstag, 6. Februar 1923, abends** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 1900.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 110.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr: 20.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nachträge Anzeigen — Beilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Städtische Volksküche.

Diejenigen Personen, welche im Falle der Errichtung einer städtischen Volksküche die Speisen dort entnehmen würden, werden hiermit aufgefordert, sich bis spätestens

Sonnabend, den 10. Februar 1923, vormittags 8—12 Uhr

im Rathaus, Zimmer Nr. 12, zu melden.

Der Rat der Stadt Riesa, den 5. Februar 1923. Ehm.

Auf dem hiesigen Friedhofe soll das Quartier für kleine Kinder auf Abt. X neu belegt werden. Wer ein Grab dieses Quartiers erhalten zu haben wünscht, wolle dies bis Ende Februar d. J. in der Pfarramtskanzlei anmelden.

Riesa, 6. Februar 1923. **Der Kirchenvorstand.**

Der Einbruch ins Badener Land.

Der militärisch ebenso gefahrlose wie moralisch ehrlose Raubzug der französischen Generale hat eine auf den ersten Blick überraschende Fortsetzung gefunden. Mit Mann und Roß und Wagen hat der Kommandeur des Brückenkopfgebietes von Kehl sein Machtbereich erweitert und zunächst die Orte Offenburg und Appenweier, sowie verschiedene kleinere Dörfer besetzt. Ein Blick auf die Karte gibt Auskunft über die Absicht dieses Handstreiches. Frankreich hat das Bedürfnis, der erstmalig von Ludwig XIV. ebenfalls mitten im Frieden geraubten Festung Straßburg ein weitreichendes strategisches Vorgelände zu schaffen. Begründet wird diese militärische Besetzung „ohne militärischen Zweck" von drei Stellen. Einmal erläßt der Militärkommandeur für das neue Einbruchsgebiet eine Kundgebung, in der er die französischen Maßnahmen als neue Sanktion hinstellt und zwar gegen gewisse „Machenschaften" die angeblich im Widerspruch zum Friedensvertrage stehen sollen. Weiterhin hat die interalliierte Rheinlandkommission, die sich, ob mit oder ohne Unterstützung Englands, läßt sich im Augenblick nicht feststellen, zur Handlangerin Poincarés beraibt, auseinandergesetzt, was mit diesen Machenschaften gemeint ist: die Einstellung des internationalen Zugverkehrs infolge der deutschen Kohlenschwierigkeiten auf gewissen Linien des deutschen Eisenbahnnetzes. Mehr noch als diese Verlautbarung der Rheinlandkommission weiß eine Note des französischen Außenministeriums an den deutschen Geschäftsträger über die angeblichen Gründe des Raubzuges zu vermelden. Außer der Einstellung internationaler Züge werden Deutschland ständige Vertragsverletzungen in wirtschaftlichen Dingen gegen das Versailler Friedensdiktat vorgeworfen. Die Tatsache, daß die Begründung der beiden politisch in Betracht kommenden Stellen verschieden abschattiert ist, zeigt, daß man sich bereits nicht mehr allzu viel Mühe gibt, die vergangenen, die augenblicklichen und die noch bevorstehenden Rechtsbrüche diplomatisch zu bemänteln. Denn daß noch weitere „Ergänzungsmaßnahmen" drohen, hat Poincaré selbst auf einem Journalistenbankett in Paris in Aussicht gestellt, in welchem er im übrigen die bekannte offiziöse Kommentierung der Ereignisse wiederholt, daß nämlich die Bevölkerung an sich durchaus gutwillig gesinnt sei, daß aber die teuflische Pläne debrütende Berliner Regierung zum Zwecke absichtlicher Vertragsverletzung den friedlichen französischen Missionen die als peinlich empfundenen Schwierigkeiten machten.

Rechtlich ist zu den französischen Begründungen zu bemerken, daß einmal im Versailler Vertrage die deutsche Regierung den internationalen Zügen gegenüber zu gleicher Behandlung verpflichtet ist wie gegenüber dem eigenen Zugverkehr. Eine Einschränkung des eigenen Zugverkehrs muß also logischerweise eine Einschränkung auch des internationalen Zugverkehrs nach sich ziehen. Weiterhin kommt in Frage, daß hier wie seinerzeit bei der widerrechtlichen Besetzung Frankfurts ein Beschluß lediglich der französischen Regierung vorzuliegen scheint. Damals wurde dieser französische Rechtsirrtum auf Einspruch der übrigen Alliierten rückgängig gemacht. Heute scheint Frankreich nicht mehr, weder moralisch noch der tatsächlichen Machtstellung nach, zur Rücksichtnahme auf die Mitunterzeichner des Friedensvertrages verpflichtet zu sein. Was vollends die Rheinlandskommission mit dieser Angelegenheit zu tun hat, ist eine Frage, die auch der gerissene Advokat auf dem Pariser Ministerpräsidentensessel nicht wird beantworten können.

Die Antwort des deutschen Volkes auf diesen neuen Säbelhieb Frankreichs wird in erster Linie von den Bewohnern des überfallenen Landes gegeben werden. Auch dort werden die Herren Franzosen merken, daß aus ihren Fußtapfen überall der Haß wächst, jener Haß, der nötig ist, um einst ein niedergetretenes Volk zu übermenschlicher Kraftanspannung aufzurütteln, die allein die Freiheit bringen kann. Der Besuch des Reichskanzlers Cuno im Ruhrgebiet hat bewiesen, daß Volk und Regierung, allen Verdächtigungen der Boulevardblätter zum Trotz, einig sind und durch jeden französischen Hammerschlag fester zusammengeschweißt werden.

Der Reichskanzler im Ruhrgebiet.

Reichskanzler **Cuno** wurden in Elberfeld, wo er nach seiner Rückkehr aus dem besetzten Ruhrgebiet eine Besprechung mit führenden Männern aller Kreise hatte, von einer großen Menschenmenge kurz vor seiner Weiterfahrt nach Barmen vor dem Hotel Kaiserhof lebhafte Ovationen dargebracht. Der Kanzler hielt an die Menge eine Ansprache, in der er nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" sagte: Ich war selbst im Ruhrgebiet. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß das Rheinland und Westfalen zusammenhalten und den französisch-belgischen Einbruch abwehren werden. Das kann nur geschehen, wenn auch das unbesetzte Deutschland mit dem besetzten Deutschland zusammenhält. Mit dem Rufe: Deutschland soll frei und unabhängig sein! Das deutsche Vaterland lebe hoch! schloß die Ansprache.

Auch in Münster hielt der Reichskanzler auf einem Bierabend aus Anlaß der Tagung des westfälischen Provinziallandtages eine Rede, in der er laut „Lokalanzeiger" über die wirklichen Ziele der französischen Politik sagte: Nicht finanzielle Sicherung, nicht wirtschaftliche Sicherung Frankreichs, nicht einmal ein Interessenausgleich der beiderseitigen Industrien und auch nicht politische Sicherung, die der von uns angebotene Rheinlandspakt gegeben hätte, waren die Ziele der französischen Politik, sondern die Hand ausstrecken nach weiterem Gebiet, nach Kohle und Koks. Darüber muß man sich klar sein, wenn man die kritische Sonde an die Ruhraktion legt. Daß alles nichts genützt hätte, nur das eine, daß wir dem Feind gesagt hätten: Nehmt! Dazu ist aber der Deutsche noch nicht schwach genug. Jetzt, da alles geschehen ist, diesen „Erfolg" der französischen Politik zu vermeiden, müssen wir uns einmütig zusammenfinden zur restlosen Abwehr der französischen Gelüste. Wenn wir uns jetzt nicht zusammenfinden, ist das deutsche Volk, ist die deutsche Wirtschaft, das deutsche Reich verloren. Der Kanzler schloß mit dem Dank namens der Reichsregierung an die Provinz Westfalen.

Der Zug des Reichskanzlers verunglückt.

Montag nachmittag gegen ¼4 Uhr ist der Eilzug 59, in dem sich der **Reichskanzler** befand, zwischen **Hagen** und **Vorsthofen** mit einem **Güterzug zusammengestoßen.** Der Reichskanzler, der sich im zweiten Wagen befand, ist **unverletzt** geblieben. Auch sonst sind Personen nicht zu Schaden gekommen. Die Gleise sind für einige Stunden gesperrt. Der Reichskanzler hat mit einem Ersatzzuge die Reise nach Münster fortgesetzt.

Eine Rede Poincarés.

Auf dem Bankett der Vereinigung der republikanischen Journalisten in Paris hat Sonntag abend Ministerpräsident Poincaré eine politische Rede gehalten. Er sagte über die Ruhraktion u. a.: Der erste Kontakt mit den Industriellen und den Ingenieuren und Arbeitern war befriedigend. Unsere Mission fand fast überall Leute, die geneigt waren, ihr entgegenzukommen, aber sofort griff die deutsche Regierung ein. Ein vollkommener Frontwechsel trat ein. Unter Leitung der Beamten wurde überall der Widerstand organisiert. Das Reich weigerte sich, den Industriellen die zur Reparation bestimmten Kohlen zu bezahlen; es unterstützte sogar die Lieferungen. Angesichts dieses schlechten Willens hat die Reparationskommission die Verfehlung Deutschlands bezüglich aller seiner Verpflichtungen festgestellt und das Moratoriumsverlangen zurückgewiesen. Die Berliner Regierung versucht nunmehr einen Generalstreik zu organisieren, der aber mißlingt. Er wird ersetzt durch lärmende Kundgebungen, die bestimmt sind, uns zu entnerven, zu provozieren und, wenn möglich, zum Blutvergießen zu bringen. Auf diese Provokation folgt eine neue Etappe des Vorgehens. Man greift zum flackernden Streik, zu Teilstreiks, zur Sabotage. Man sucht den Franzosen und Belgiern den Aufenthalt unmöglich zu machen, man desorganisiert die öffentlichen Dienste, um uns so zu zwingen, die Verantwortung für diese Desorganisation zu tragen. Die französische Mission ist isoliert und boykottiert. Man verweigert uns jede Auskunft und Unterredung. Die Postbeamten und Telegraphisten unterbrechen die Verbindungen, die Eisenbahnbeamten halten den Verkehr auf und verstehen sich nur zu Kohlenlieferungen für das nicht besetzte Gebiet. Zu gleicher Zeit legt das Deutsche Reich die interalliierte Kontrollkommission lahm und zieht seine Vertreter aus dem Schiedsgericht zurück, unterbricht die Restitutionen, untersagt die Ausgrabung der Leichen der in Deutschland verstorbenen französischen Kriegsgefangenen, mit einem Wort: bäumt sich auf gegen die Vertragsklauseln und verletzt systematisch alle Verpflichtungen.

Meine Herren, was soll man hierzu sagen? Wer könnte sich über den tieferen Sinn dieses Verfahrens täuschen? Deutschland ist in Wirklichkeit nur durch unseren Einmarsch in das Ruhrgebiet dazu geführt worden, uns heute zu zeigen, was es gern noch einige Jahre verborgen gehalten hätte. Es ist gezwungen worden, sein Ziel aufzudecken. Was uns anbetrifft, was wollen wir? Nur zwei Dinge: Für unsere Ruinen entschädigt und nicht mehr angegriffen werden. Im Ruhrgebiet wie am Rhein suchen wir nicht mehr, und was wir suchen, werden wir erhalten. Die Operationen gehen jetzt ohne Schwierigkeiten vor sich. Man mußte die Wege, die Eisenbahnen und die Kanäle überwachen. Das alles erforderte Vorsichtsmaßnahmen, Menschen und Zeit. Es war nicht unrichtig gewesen, daß man nicht hastete, daß man ohne Ueberstürzung vorging. Morgen werden wir, wenn es nötig ist, wieder Ergänzungsmaßnahmen ergreifen, und nach diesen noch andere. Wir werden nicht nachgeben, aber an dem Tage, an dem Deutschland endlich die Augen öffnet und bereit sein wird, uns loyale Vorschläge zu machen, werden wir uns nicht weigern, sie zu prüfen. Wir werden sie jedoch prüfen, ohne uns Bedingungen aufzwingen zu lassen und ohne irgendwelche Versprechungen, daß wir die Pfänder aufgeben, die wir gezwungen sind, zu nehmen. Versprechungen hat man uns genug gemacht, wir verlangen Realitäten und nicht nur flüchtige Realitäten, sondern dauernde.

Die Franzosen in Offenburg.

Das Personal des Offenburger Postamts hat Montag morgen infolge der französischen Eingriffe in den Post- und Telegraphenbetrieb den Betrieb stillgelegt. Unter den Arbeitern Offenburgs ist die Erregung besonders stark. Sie durchziehen in großen Trupps die Straßen, um gegen den gewaltsamen Einbruch der Franzosen zu protestieren und um ihrem Willen Ausdruck zu geben, daß sie jegliche Einmischung der Franzosen in ihren Betrieb energisch zurückweisen werden. Die **französische Besetzung** hat keine Bürgerquartiere bezogen und ist in verschiedenen Sälen untergebracht. Die Offiziere haben in den Hotels Wohnung genommen. Es handelt sich um annähernd 2000 Mann mit etwa 1000 Pferden, eine größere Anzahl schwerer Panzerwagen usw. Während des Einmarsches kreisten über der Stadt mehrere französische Flugzeuge. Die Verhandlungen mit den staatlichen und städtischen Vertretern führte ein Delegierter der Rheinlandkommission. Der Druck der Besetzung macht sich mehr und mehr fühlbar. Zur Nachtzeit sind die Straßen wie ausgestorben. Die Haltung der Bevölkerung ist rubig. Aber man ist entschlossen, dem Vorgehen der Ruhrbevölkerung nachzueifern.

Die Besprechungen zwischen General **Michel** und den Vertretern der Beamten und Arbeiter hatten das Ergebnis, daß der **Straßenverkehr** in der Stadt während der Nachtzeit freigegeben und die verlangte **Aufhebung der Telephonsperre** und der **Telegrammzensur** zugesichert wurde. Hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs schweben Verhandlungen, ebenso über den Ankauf von Lebensmitteln durch die französische Besatzung.

Im Reichsbahndirektionsbezirk **Köln** sind über Nacht **fast sämtliche Bahnhöfe der französischen und belgischen Zone von Truppen besetzt** worden. Eingriffe in den Zugverkehr haben bisher nicht stattgefunden. Die Strecke Koblenz—Brühl ist für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Mit Rücksicht auf den Arbeiterverkehr ist der Betrieb Köln—Bingen noch nicht eingestellt. Der internationale D-Zugverkehr Köln—Aachen wird nach dem eingeschränkten Plan abgewickelt. Auf der Strecke Köln—Brühl ist Pendelverkehr eingerichtet.

Anläßlich der Vorstellungen wegen der **nach Holland und der Schweiz bestimmten Transporte** von Vertragskohle hat die Besetzungsbehörde angeordnet, daß sowohl die holländische wie auch die schweizerische Kohle aus dem Ruhrgebiet [illegible] befördert werden dürfe.

Polizeipräsident **Dr. Bielefeld** in **Essen** ist Montag vormittag [illegible] und in demselben Kraftwagen, der ihn nach Bredeney brachte, weiter transportiert worden. In einem Brief an seine Gattin teilt er mit, daß er in Ollen, Kreis Lüdinghausen, abgesetzt wird. Er ist also von der Besatzungsbehörde ausgewiesen worden. Polizeiinspektor **Reifferath** und Polizeimajor **Seeger** in **Herne** sind verhaftet worden, weil sie dem Befehl der Franzosen, die französischen Offiziere zu grüßen, nicht Folge geleistet haben. — Ein **Beamter** der **Schutzpolizei** in **Essen**, der vorübergehende **französische Offiziere** nicht grüßte, wurde von einigen Offizieren angehalten und nach einem französischen Wachtlokal gebracht, wo man ihm Pistole und Lederzeug abnahm und ihn dann festsetzte.

Vorletzte Nacht haben sich die **Demonstrationen** vor dem Carlton-Hotel und dem Hotel Frankfurter Hof in Frankfurt a. M. **wiederholt.** Eine gegen 2000 Köpfe starke Menge versuchte vergeblich, in die beiden Hotels einzudringen, um nach Franzosen und Belgiern zu fahnden. Erst um 1½ Uhr nachts wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Eigentumsvergehen französischer Soldaten.

Der **deutsche Geschäftsträger in Paris** ist angewiesen worden, der Französischen Regierung folgende **Note** zu überreichen:

Aus dem **Ruhrgebiet** werden eine Reihe von Fällen gemeldet, wo **Angehörige der französischen Armee Eigentumsvergehen** verübt haben. Am 18. Januar nachmittags hat sich ein Soldat des 109. französischen Infanterie-Regiments in **Dortmund** in dem Goldwarengeschäft Lindenberg, Steinstraße 6, das er unter dem Vorwande eines beabsichtigten Einkaufes betreten hatte, zwei silberne Ringe und eine Damenuhr angeeignet. Am 22. Januar nachmittags haben zwei französische Soldaten von der Hauptbahnhofswache in **Dortmund**, einer darunter mit blankgezogenem Seitengewehr, aus dem Verkaufsstande des Bahnhofswirts nach Zertrümmerung einer Glasscheibe vier Flaschen mit Spirituosen, sowie Schokolade und Obst geraubt. Am 30. Januar abends haben drei französische Soldaten in **Wanne** den Platzmeister Saffe überfallen und seiner Brieftasche mit 32000 Mark, sowie seiner silbernen Uhr beraubt. Am 31. Januar haben französische Soldaten unter Teilnahme von Offizieren Lebensmittel- und Zuckerwarengeschäfte in **Witten** a. d. Ruhr ausgeraubt. In **Bochum** haben französische Soldaten in zahlreichen Fällen in Ladengeschäften unter Anwendung von Gewalt und ohne Bezahlung Waren weggenommen.

Die Deutsche Regierung fordert die Bestrafung der Täter und Ersatz des verursachten Schadens.

*

Der **deutsche Geschäftsträger in Brüssel** ist angewiesen worden, eine **Protestnote** zu überreichen wegen der **Bluttat** zweier belgischer Soldaten, die am 2. Februar in der Straßenbahn Oberhausen—Essen—Vorbeck den Schuhmacher Stockhorst getötet und den Wagenführer schwer verletzt hatten.

Der **deutsche Geschäftsträger in Paris** ist angewiesen worden, eine **Protestnote** wegen der **Erschießung des Bergmanns und Schuldieners Hammann in Brechten** und der Ausschreitungen französischer Soldaten in einer Gastwirtschaft in Bochum, die zwei Personen verwundet hatten, zu überreichen.